

Italien unter Berlusconi. Die Schlacht um die Justiz beginnt.

Von Jürgen Senf

Die Wahl vom 13. Mai ist vorüber. Die Wende ist geschafft. Der Kommunismus liegt am Boden. Die Wirtschaft bekommt günstige Kredite, die Banken hohe Zinsen und die Bevölkerung eine Million neue Arbeitsplätze. Natürlich alles gleichzeitig. Parola di Berlusconi (= Ehrenwort!). Wer da wieder Fragen stellt, von denen jetzt schon feststeht, dass an ihrer Antwort kein Interesse besteht und von denen die italienische Geschichte der letzten Jahrzehnte so reich ist, ist halt ein schlechter Verlierer und neidet den Siegern den Sieg. Nein, wir werden nie, jedenfalls nicht vor dem Abwirtschaften des Wahlsiegers, erfahren, wie es kommt, dass z.B. sämtliche 61 Parlamentssitze von Sizilien geschlossen an Berlusconis „Partei“ (Forza Italia, despektierlich übersetzt etwa: Aufi geht's, Italien) gegangen sind. Ähnlichkeiten mit den früheren Verhältnissen, in denen mal die eine, mal die andere, nie aber eine linke „alte“ Partei im italienischen Süden blockweise beglückt wurde, sind (nach H. Böll) weder zufällig noch beabsichtigt, aber vielleicht unvermeidlich.

Wir sollten nicht glauben, dass uns das nichts angehe. Berlusconi wird sich diesmal länger halten als 1994, als er nach nur 9 Monaten aufgeben musste. Zu groß ist die Koalition der Unterstürzer oder zumindest Dulder, die er mittlerweile aufgebaut hat. Hinzu kommt, dass auch das „alte Geld“, von der Familie Agnelli (u.a. FIAT) repräsentiert, ihn mittlerweile nicht mehr als Parvenü zu bekämpfen scheint. Der Preis: Ein Außenminister, der stramm globalisierungs- und USA-orientiert ist, ein „politischer Technokrat“, dem alles recht ist, was die Totalisierung der Märkte und die Geschmeidigkeit der Kapitalflüsse fördert. Dass Berlusconi selbst einer ist, der seinen Reichtum jedenfalls zu einem großen Teil nicht gerade der freien Konkurrenz zu verdanken

**Berlusconi
wird sich diesmal
länger halten**

scheint – alles nur der Neid der Verlierer. Dass auf das öffentlich-rechtliche Fernsehen von parteipolitisch interessierter Seite immer wieder anklagend gezeigt und Tendenziosität behauptet wird, ist ein alter Hut, in Italien wie hierzulande. Stellen wir uns aber vor, der Wortführer dieser Kampagnen in den letzten Jahren wäre Leo Kirch gewesen, und Leo würde Bundeskanzler, nachdem er in aller Öffentlichkeit erklärt hätte, wie er beabsichtigt, die öffentlich-rechtlichen Anstalten auf „liberalen“ Kurs zu bringen. Nehmen wir an, die dafür notwendigen neuen Köpfe hätte der Bundestag zu ernennen, in dem Leo über eine satte Mehrheit verfügte. Nehmen wir schließlich an, Leo hätte in seinem Wahlkampf von der Möglichkeit, sich in „seinem“ privaten Fernsehen ausführlich in Szene zu setzen, ungeniert Gebrauch gemacht und dabei ununterbrochen auf die öffentlichen Programme gezeigt und gegen ihre **angebliche** Parteilichkeit für die Konkurrenz gewettert – dann haben wir ein Szenario, mit dem sich halbwegs ins Deutsche übersetzen lässt, was in Italien geschah und derzeit geschieht.

Berlusconi hat zwei Hauptfeinde. Der eine sind die Kommunisten. Dass die in Italien fast nur noch in Altersheimen zu finden sind, stört seine demagogische Rhetorik nicht. Es hat etwas Absurdes, im Jahre 2001 einem Wahlkampf in Westeuropa beizuwohnen, der wesentlich mit antikommunistischen Parolen geführt wurde. Die Zeitung „Repubblica“ brachte nach der Wahl eine Karikatur, die den damit in der politischen und zivilen Öffentlichkeit entstandenen Geist gut trifft. (Übersetzung: „Darf ich was Linkes sagen?“ „Ja, aber leise, sonst hören sie dich!“)

Der andere Feind sind die Richter. Sie sind „richtige“ Feinde, reale Gegner kraft

Amtes für einen, der seit Jahren in zahlreichen Ermittlungs- und Strafverfahren, u.a. wegen Bilanzfälschung und -betrugs, steckt. Die damit befassten Ermittlungsrichter und Staatsanwälte haben seit über einem Jahrzehnt einem beispiellosen publizistischen Trommelfeuer der Berlusconi-Medien (u.a. drei Fernsehsender, mehrere auflagenstarke Tageszeitungen) widerstanden.

Man muss wissen, dass in der Justiz Italiens, wenn es um die institutionellen und persönlichen Garantien der Richter geht, zwischen „ordentlichen“ Richtern und Ermittlungsrichtern sowie Staatsanwälten kein Unterschied gemacht wird.

M.a.W: Kein Staatsanwalt ist weisungsabhängig. Für seine Arbeit gilt das Legalitätsprinzip – das allenfalls durch den Umstand eine Modifikation

erfährt, dass kein Staatsanwalt alles und jedes ermitteln kann. Entsprechend sind auch die Ermittlungsrichter, die das strafrechtliche Vorverfahren leiten, in der Art und Weise, wie sie dies tun, vollkommen unabhängig. Unter anderem diese Garantien haben dazu geführt, daß die italienische Justiz überhaupt in den letzten eineinhalb Jahrzehnten in der Lage war, einen Teil der politischen und wirtschaftlichen Korruption im Lande aufzuklären, zumindest zur Ermittlung zu bringen. Wir haben von hier aus diese „italienischen Verhältnisse“ oft mit Neid, zumindest mit Respekt, betrachtet. Die Frage der Weisungsunabhängigkeit der Staatsanwälte steht nach wie vor auf unserer Forderungsliste.

Bevor es damit hier etwas wird, macht Berlusconi in Italien damit Schluss. Er wünscht sich, was wir schon haben: Eine „Trennung der Laufbahnen (separazione delle carriere)“ von Richtern und Staatsanwälten – was eine euphemistische Umschreibung dafür ist, den Staatsanwälten und Ermittlungsrichtern die Unabhängigkeit auszutreiben. Damit

**Stellen wir uns vor,
Leo Kirch würde
Bundeskanzler...**



nicht genug: Das Legalitätsprinzip soll aufgehoben werden, zumindest in der Weise, dass das Parlament darüber entscheiden soll, welche Deliktgruppen von der Justiz schwerpunktmäßig verfolgt werden sollen – und welche nicht. Im Gespräch für das Justizministerium war zeitweise ernsthaft ein Vasall des Führers der „Lega Nord“, die man getrost rechtsaußen ansiedeln kann und deren mancher Kader schon ein Konto bei der Justiz hat. Das wird sicher nur der Anfang sein. Man fragt sich eigentlich nur, ob es noch plumper geht.

Auch Berlusconi kommt allerdings nicht ohne einen Heiligen aus, den er vor seiner Prozession gegen die „toghe rosse“,

Berlusconi hat zwei Hauptfeinde. Der eine sind die Kommunisten, der andere Feind sind die Richter

die Richter in den roten Roben (das ist hier politisch gemeint), mit den rechten Kleidern angetan hertragen und dem staunenden Volke präsentieren kann: Giovanni Falcone, ließ sich eine Gefolgsfrau des Meisters anlässlich des 9. Jahrestags seiner Ermordung durch die Mafia hören, sei ein sehr weit vorausschauender Mann gewesen. Er hätte bestimmt die „Separation der Karrieren“ befürwortet. Ausgerechnet er. Armer Kollege Falcone. Er hat den düstersten Allianzen die Stirn geboten. Gegen die postmortale Häme des Siegers ist auch einer wie er machtlos.

P.S.: Gemäß dem „100-Tage-Programm“ der neuen Regierung wurde die erste lex Berlusconi Anfang August vom Parlament mit der Mehrheit der Wahlsie-

aus „Repubblica“ v. 27.5.2001
 „Darf ich mal was Linkes sagen?“
 „Ja, aber leise, dass dich keiner hört.“

ger beschlossen: Abschaffung des Straftatbestands der Bilanzfälschung. Es folgte die zweite Lex Berlusconi: Abschaffung der Erbschaftssteuer. Bedenkenfrei, unbürokratisch, unmissverständlich.

Der Autor:

Jürgen Senf ist Richter am AG Offenbach

